

II-2862 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 25. Juli 1973  
Stubenring 1  
Telephon 57 56 55

Zl. 50.004/22-4/0/1-73

7306 /A.B.  
IM 7333 /J.  
Prä. am 30. Juli 1973

## B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. Hubinek  
und Genossen an die Frau Bundesminister  
für Gesundheit und Umweltschutz betreffend  
Ärztealarmdienst (Nr. 1333/J-NR/1973).

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich  
folgende Fragen gerichtet:

1. Welche Maßnahmen werden Sie in der Angele-  
genheit des im Gesundheitsplan Ihres Bundesministe-  
riums angekündigten Bereitschaftsdienstes per Funk  
setzen?

2. An welchen diesbezüglichen Projekten wird  
zur Zeit gearbeitet?

3. In welcher Höhe hat Ihr Bundesministerium  
bisher Mittel für den Funkbereitschaftsdienst aufge-  
wendet?

4. Wie verteilen sich diese Mittel auf die ein-  
zelnen Bundesländer?

5. Bis zu welchem Zeitpunkt ist mit dem von Ihnen  
angekündigten permanenten Funkbereitschaftsdienst  
in ganz Österreich zu rechnen?"

In Beantwortung dieser Fragen teile ich mit:

Zu 1.:

Ich habe in Erkenntnis der Notwendigkeit des Aus-  
baues des ärztlichen Funkbereitschaftsdienstes gleich

zu Beginn meiner Tätigkeit die in Betracht kommenden Stellen in den Bundesländern sowie die Ärztekammern ersucht, mir Pläne für die organisatorischen und sachlichen Erfordernisse der Einrichtung und der Ausweitung dieses Dienstes vorzulegen. Gleichzeitig wurde seitens meines Bundesministeriums die Bereitschaft erklärt, diese Maßnahmen durch Zurverfügungstellung entsprechender finanzieller Mittel zu fördern. Die Förderungsmittel sind vor allem für die Anschaffung von Anlagen für den Betrieb des Bereitschaftsdienstes (Funkgeräte) bestimmt.

Zu 2.:

Von meinem Bundesministerium wurden bisher Förderungsansuchen aus den Bundesländern Oberösterreich, Burgenland, Steiermark und Kärnten behandelt. Mein Bundesministerium beabsichtigt, seine Förderungsmaßnahmen zum Ausbau eines umfassenden ärztlichen Funkbereitschaftsdienstes fortzusetzen. Ansuchen aus weiteren Bundesländern werden derzeit geprüft und voraussichtlich noch in diesem Jahr erledigt werden.

Zu 3.:

Seitens meines Bundesministeriums wurden für den Funkbereitschaftsdienst bisher S 7.900.000 aufgewendet:

Zu 4.:

Diese Mittel verteilen sich auf die einzelnen Bundesländer wie folgt:

Oberösterreich .....	S 1.000.000
Burgenland .....	S 1.400.000
Steiermark .....	S 2.000.000
Kärnten .....	<u>S 3.500.000</u>
	S 7.900.000

- 3 -

Zu 5.:

Hiezu ist festzuhalten, daß nach der Kompetenzverteilung die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung zu den Angelegenheiten der Gemeinden gehört.

Auf Grund einer Sondererhebung meines Bundesministeriums, die im Mai 1973 abgeschlossen wurde, konnte ich feststellen, daß in allen Bundesländern Anstrengungen unternommen werden, die Funkbereitschaftsdienste im Sinne der Erfassung des ganzen Landesgebietes zielstrebig auszubauen. Die Verschiedenheit in den lokalen Bedürfnissen und organisatorischen Voraussetzungen für die Schaffung dieser Dienste läßt allerdings eine Aussage über den Zeitpunkt nicht zu, zu dem ein permanenter Funkbereitschaftsdienst im ganzen Bundesgebiet bestehen wird.

Der Bundesminister:

